

Interpellation Nr. 73 (Juni 2024)

betreffend Sympathisanten der Hamas-Terroristen an der Universität Basel

24.5227.01

In den vergangenen Wochen kam es an der Universität Basel zu Besetzungen durch Sympathisanten der Hamas-Terroristen. Die Besetzungen wurden von der zuständigen Universitäts-Leitung über Tage geduldet, bis die Räumung erfolgte.

Die Universitäts-Leitung gab dabei ein miserables Bild ab. So setzte man bei der Besetzung des Bernoullianums zwei Ultimaten, welche folgenlos verstrichen. Dies hat zur Unglaubwürdigkeit der Universitätsleitung beigetragen. Im Gegenteil wurde nach Verstreichen des ersten Ultimatums als "Schlichter" Laurent Goetschel aufgeboten, welcher sich nach dem Hamas-Angriff auf Israel gegen ein Verbot dieser Terrorgruppe ausgesprochen hat. U.a. deshalb wurden ihm vom Landrat für sein "Swisspeace"-Institut die Gelder gestrichen.

Völlig unbedeutend war für die Universität offenbar, dass die Besetzungen orchestriert waren und es zu antisemitischen Vorfällen gekommen ist. So waren die Rädelsführer der Besetzung offenbar in Kontakt mit den Anführern der in Deutschland verbotenen Terrororganisation Samidoun. Dafür spricht, dass bei der dritten Besetzung das Gebäude am Petersgraben 27 durch die Hamas-Sympathisanten in "Bassel al Araj-Institute" umbenannt wurde. Bassel al Araj gilt als Symbolfigur von Samidoun und war ein palästinensischer Terrorist, welcher Anschläge auf Israel plante und bei einem Feuergefecht, als ihn die Polizei verhaften wollte, ums Leben kam.

Unverständlich ist zudem, dass die Universität darauf verzichtete, die Personalien der Besetzer durch die Polizei aufzunehmen. So konnten die Besetzer folgenlos davonschleichen und nur diejenigen wurden aufgeschrieben, welche von der Polizei bei einer Einkesselung angehalten wurden. Damit ist eine vollumfängliche Aufklärung verunmöglicht.

Erschreckend ist, dass sich gemäss Medienbericht rund 50 Professoren und Dozenten mit den Besetzern solidarisierten. Mit Besetzern, die forderten, dass mit israelischen Bildungseinrichtungen und Forschenden nicht mehr zusammengearbeitet werden darf. Forderungen, die stark an die Ausgrenzung jüdischer Menschen und Institutionen in den 1930er-Jahren in Deutschland erinnern.

Die Universität hat es erneut verpasst, sich klar von Antisemitismus und Israel-Hass abzugrenzen. Dies wäre alleine schon deshalb notwendig gewesen, weil es kurz nach dem Hamas-Angriff auf Israel zu einigen widerlichen antisemitischen Vorfällen im Fachbereich "Urban Studies" gekommen ist und auch dort nur sehr zögerlich agiert wurde. Die für den Fachbereich verantwortlichen Personen sind heute noch an der Universität tätig. Ihr Gedankengut wird sich nicht verändert haben.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb wurde nicht sichergestellt, dass bei allen Gebäuden Einlasskontrollen durchgeführt werden und es so gar nicht zu Besetzungen kommen kann?
2. Werden die Einlasskontrollen nun auf alle Gebäude der Universität ausgeweitet? Falls nein, wie wird sichergestellt, dass es zu keinen weiteren Besetzungen kommt?
3. Weshalb hat die Universität den Besetzern zwei Ultimaten gewährt und nicht bereits nach Ablauf des ersten Ultimatums gehandelt?
4. Wie gelangte die Universität zur Auffassung, dass sie bei den weiteren Besetzungen nicht umgehend Strafantrag stellen kann?
5. Weshalb hat die Universität bei der Besetzung des Bernoullianums neben der Strafanzeige nicht auch umgehend die Räumung bei der Polizei beantragt, was eine unmittelbare Räumung ermöglicht hätte.
6. Wer hat über die jeweiligen Schritte wann und wie entschieden, was wurde wann jeweils getan und welche Instanzen (Regierungen, Universitätsrat, Rektorat) waren jeweils wie involviert? Bitte um umfassende Chronologie.
7. Wie kam die Universität dazu, Professor Goetschel für eine Mediation anzufragen und was erhoffte man sich von ihm?
8. Hat die Universität Anzeigen, u.a. wegen Hausfriedensbruch und Rassendiskriminierung, gegen die Involvierten eingereicht? Falls nein, weshalb nicht?
9. Hat die Universität sichergestellt, dass von allen Besetzern die Personalien aufgenommen wurden?
 - 9.1 Falls nein, weshalb nicht?
 - 9.2 Falls ja, handelt es sich bei den Besetzern um Studenten?
10. Welche Konsequenzen haben die verschiedenen illegalen Besetzungen für Studenten, die daran teilgenommen haben?
11. Haben Angestellte der Uni, also bspw. Dozenten, an den illegalen Besetzungen teilgenommen?
12. Wie geht die Universität damit um, dass sich gemäss Bajour knapp 50 Professoren und Dozenten mit den Besetzern und deren Forderungen solidarisiert haben?
13. Wie interpretieren Regierung und Universität den Hilferuf jüdischer Studenten, die sich auch an der Universität zunehmend bedroht fühlen und welche Massnahmen werden nun ergriffen?
14. Wie beurteilt die Regierung das Verhalten der Universität in der Besetzungs-Causa?

15. Wie wollen Regierungsrat und Universität den entstandenen Reputationsschaden beheben?
16. Wie gelangte Regierungsrat Atici zur Ansicht, dass er der Universität keine Anweisungen geben kann, obschon er als Mitglied des Universitätsrates selbstverständlich Mitverantwortung trägt?
17. Wie wird künftig die politische Neutralität der Universität wieder sichergestellt?
18. Wie wird sichergestellt, dass geschichtliche Ereignisse aufgearbeitet und aus unterschiedlichen Blickwinkeln neutral beleuchtet werden, um einseitige Verurteilungen zu vermeiden und extremistischen Haltungen entgegenzuwirken?
19. Wie stellt die Universität sicher, dass sich alle Professoren und Dozenten neutral verhalten?

Joël Thüring